

bisher immer verhandelt worden, wenn wir einer solchen Verständigung das Wort reden. Zwischen Deutschland und Frankreich muß ein durchaus friedliches Verhältnis angestrebt werden. Die Haltung der reichsländerischen Bevölkerung sowie die neue Verfassung für die Reichsländer haben bereits wertvolle Dienste geleistet. Kommt es zwischen Deutschland und Frankreich zu einer aufrichtigen friedlichen Politik, so schwindet die russische Gefahr. Die Erledigung der russischen Frage ist ein erstrebenswertes Ziel. — Was die Frage des russischen Reiches anbelangt, so ist die Behauptung dieses Reiches nicht zu verwerfen, doch darf diese Behauptung allgemein geteilt werden. Hier muß verständig aufgefaßt werden. — Wenn die Regierung mit der Situation auf dem Balkan zu sprechen. Von einem einzigen Balkanbund, der militärisch gegen den Feind in Betracht kommen kann, kann nach den neuesten Vorgängen nicht mehr gesprochen werden. Dazu kommt das russische Engagement in China und Japan's Ostasien. So daß Russland stets für die großen Truppenmassen gerüstet. — Wenn die Regierung mit der Devisenfrage die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen will, so ist dazu erforderlich, die allgemeine Wehrpflicht als Basis für die Durchführung des allgemeinen Wehrdienstes einzusetzen. Aber mit dem Fehlen des lebenden Soldaten in dieser Hinsicht — schon aus finanziellen Gründen — ist nicht denkbar. Einzigste Beweise dafür, daß die zwei- oder dreijährige Dienstzeit notwendig ist, außer man verfolgt damit Ziele, wie A. B. die Armee vor allen Dingen gegen den inneren Feind zu schützen, die Zahl der nicht in der Wehrdienstzeit befindlichen Truppenmassen und eine nicht geklärt werden. Von der großen Bedeutung in der Welt der Truppen; die Zahl hat nicht die Bedeutung, die man ihr momentan beimisst. Notwendig ist auch der Nachweis, ob nach Annahme der Vorlage nicht eine große Zahl von Wehrdienstleistenden nicht die den Anforderungen des Krieges nicht genügen wird.

Der Kriegsminister bewies, soweit die Erörterung der politischen Lage in Frage kommt, auf die beiden vorkrieglichen Verfassungen in vorerster Reihe. Deutschland hege gegen niemand aggressiven Pläne; das beweisen die letzten vierzig Jahre. — Verträglich auftrat sich sowohl der Minister über Malien und belandete teurer, daß die österreichische Armee als sehr bedeutender Faktor angesehen werden dürfe. Die Befehlshaber der Mobilisierung sei ein Hauptpunkt bei der neuen Vorlage.

Abg. Müller-Mühlhagen erklärte, um den inneren Wert der deutschen Armee noch mehr zu heben, haben die Volksparteier in Resolutionen eine Reihe von Forderungen gestellt.

Generalmajor Wandel besprach ausführlich die Möglichkeit, die geforderten Soldaten aus den Militärpflichtigen herauszuholen. Er sprach dabei den recht bemerkenswerten Satz aus: „Wenn mehr Soldaten gebraucht werden, erklären die Aushebungsbehörden auch mehr Leute als „tauglich“. Die Zahl der Pflichtigen wachse von Jahr zu Jahr, folglich (2) auch die Zahl der Tauglichen. Heute müssen viele Taugliche der Ersatzreserve überwiesen werden, weil sie nicht gebraucht werden. 1893 wurden von je 1000 Pflichtigen 260 ausgehoben. Im letzten Preussensjahr im Jahre 1913 vorausgesetzt, können von den vorhandenen 1.321.000 Militärpflichtigen 338.000 Mann ausgehoben werden. Diese Zahl ist aber ohne Qualitätsverminderung sehr leicht noch zu erhöhen.

Abg. Graf v. Helldorf erklärte, wenn die Polen eine oppositionelle Haltung einnehmen, sei das nicht verwunderlich bei der Behandlung, die ihnen zuteil wird. Aber er stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Polen die Pflicht haben, die Anforderungen der Regierung ernstlich zu prüfen, wenn es sich um die Sicherheit des Reiches handelt. In diese Richtung werden die Polen eintreten.

Genosse Ledebur forderte die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes, daß vor allen Dingen zu den Auslastungen des Wehrdienstes gegenüber Belgien Stellung nehmen müsse. Nebenher vertritt sich dann eingehend über die Tauglichkeit, die ausschließlich die russische Militärpflichtigkeit. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges habe allein die sozialdemokratische Presse die Unterlegenheit der Russen gegen die Japaner sofort herabgehoben, während gerade die militärischen Kreise gegenteiliger Auffassung waren; Ausland sei einfach unfähig zu einem Effektivkrieg gegen Deutschland. Wenn Russland Effektivkriege führen will, richtet es seine Stochkraft gegen die Türkei, gegen Persien, oder betritt sie in Italien, nimmermehr aber gegen große europäische Staaten. Was die Regierung über Russland gesagt habe, sei das denkbar düsternsten gewesen. Wir Sozialdemokraten bestreiten die Möglichkeit eines Krieges nicht. Wir wissen, daß wir in einem Weltalter leben, in dem die Kriegsfahrer nicht von der Tagesordnung verschwinden. Wenn die Regierung, wie sie ja eifrig betont, mit all ihren Kränkungen nur die Forderung Deutschlands verstärken und heben will, dann müsse sie mit dem jetzigen Militärsystem brechen und zur Volkswehr übergehen, die das höchste Maß militärischer Kraft der Landesverteidigung darstellt.

Hierauf wurde die Beratung bis Dienstag vormittag abgebrochen. Die Genossen Ledebur und Haase verlangten die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Der Vorlesende teilte mit, Herr v. Jagow könne jetzt unmöglich dauernd an den Verhandlungen teilnehmen, weil die auswärtige politische Lage seine Aufmerksamkeit im Auge erfordere. Hierauf verlangten unsere Genossen die Vertagung der Beratung, bis der Staatssekretär in der Kommission erscheinen kann. Die Kommission einigte sich schließlich dahin, daß Herr v. Jagow morgen (Dienstag) zu Beginn der Sitzung in die Kommission getreten wird zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage.

Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern sind vorläufig folgende Anträge eingebracht worden:

Die kaiserlichen Vorarbeiten, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen in Bezug auf Rekrutierung, Ausstattung und Uniformierung sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, werden aufgehoben.

Alle jebe Staffelanstellung ist ausschließlich eine einheitliche Felduniform zulässig.

Während der Dauer der Dienstpflicht im lebenden Heere sind die sämtlichen Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet.

Die Volkspartei verlangt in Resolutionen folgendes:

Der Reichsfiskus wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich die ungelagerten Erbschaften gemacht werden, insbesondere u. a. durch Einführung einer Erbschaftsteuer, einfachen und einheitlichen Uniform für Krieg und Frieden; durch den Ersatz von offizierten Offizieren für alle Stellen, für die die Felddiensttauglichkeit nicht mehr die unbedingte Voraussetzung ist, durch Inaktiv Offiziere; durch Reform unseres Pensionierungssystems in dem Sinne, daß Offiziere, die für ihre Stellen noch vollkommen geeignet sind, nicht deshalb pensioniert werden, weil ihre Kadetten sie überflüssig hat.

Die Bestimmungen der Wehrordnung, betreffend Bekleidung vom aktiven Wehrdienst infolge bürgerlicher Verhältnisse, sind in richtiger Weise auch in Zukunft anzuwenden.

Der Reichsfiskus wird ferner ersucht, dahin zu wirken, daß alles getan wird zur erfolgreichen Bekämpfung der Soldatenmordhandlungen, insbesondere auch durch Reform des militärischen Wehrdienstes; daß bei der geforderten Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere die Verhältnisse der nicht mehr dem aktiven Militärdienst angehörenden Personen in einer dem Rechtsgefühl entsprechenden Weise und unter Anerkennung ihrer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte geregelt werden; daß eine Erleichterung und Abfertigung der Dienstzeit für das lebende Heer durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften eintritt; daß eine gesetzliche Verankerung der Dienstzeit für das lebende Heer, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, vorbereitet wird; daß keinerlei Privilegierung einzelner, bestimmter Truppenteile (Garde usw.) nach Garnisationsort, Abkomment usw. stattfindet; daß in allen deutschen Bundesstaaten die Wehrfähigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung gehoben wird; daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung der Jugend sich widmen, in dem Bestreben unterstützt werden, durch systematische körperliche Übung die schulentlassene Jugend für den Wehrdienst vorzubereiten.

gemeinen staatsbürgerlichen Rechte geregelt werden; daß eine Erleichterung und Abfertigung der Dienstzeit für das lebende Heer durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften eintritt; daß eine gesetzliche Verankerung der Dienstzeit für das lebende Heer, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, vorbereitet wird; daß keinerlei Privilegierung einzelner, bestimmter Truppenteile (Garde usw.) nach Garnisationsort, Abkomment usw. stattfindet; daß in allen deutschen Bundesstaaten die Wehrfähigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung gehoben wird; daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung der Jugend sich widmen, in dem Bestreben unterstützt werden, durch systematische körperliche Übung die schulentlassene Jugend für den Wehrdienst vorzubereiten.

Deutsches Reich.

Ferien.

In einer letzten Dauerung hat der Reichstag die dritte Lesung des Etats zu Ende geführt und die Volksparteier haben die Fingierferien begonnen, aus denen sie am 27. Mai zurückkehren sollen. Inzwischen soll die Budgetkommission die Wehrvorlage soweit durchgearbeitet haben, daß ihre zweite Lesung in Angriff genommen werden kann.

Nach an diesem allerletzten Tage versucht die Regierung die Abreise, die in der zweiten Lesung vorgenommen worden waren, aufzuheben zu lassen. Aber ihr Angriff wurde jedesmal abgelehnt. Wiederholt in namentlicher Abstimmung bei den Litzmarfenzulagen, ebenso in der Frage des sechsten Reichsanwalts hielt die Mehrheit des Hauses ihre Auffassung aufrecht.

Zu einem sehr interessanten und politisch höchst wichtigen Intermezzo kam es noch bei der Beratung des Reichsjustizrats. Der Reichsfiskus hatte in der zweiten Lesung der Sozialdemokratie Bekämpfung der Religion vorgeworfen und sich hierbei auf einen Artikel der Leipziger Volkszeitung berufen. Er hatte in diesem Zusammenhang sogar erwähnt, daß er den Artikel dem Reichsjustizrat übergeben habe mit dem Ersuchen um ein Gutachten für eine eventuelle Strafverfolgung. Inzwischen hatte er dem Genossen Dr. Venzl mündlich mitteilen lassen, daß er bei Remung der Leipziger Volkszeitung sich allerdings geirrt habe, aber zu einer öffentlichen Juridiktur seines Vorwurfs hatte er sich nicht bewegen gefühlt. In der heutigen Sitzung wurde nun durch das Eingreifen der Genossen Dr. Venzl und Heine festgestellt, einmal, daß dieser Artikel gar nicht existiert und dann — wie der Staatssekretär des Reichsjustizrats, Herr Dr. Lisso, zugeben mußte — daß in der Tat der Reichsfiskus sich an ihn mit dem angeführten Ersuchen gar nicht gewandt habe!

Ran hatte den Kanzler bisher für einen Philosophen gehalten. Das er auch eine so lebhaft dichterische Phantasie besitzt, hatte ihm niemand zugehört. Die Debatte war für die Vertreter der Regierung, namentlich aber für den Unterstaatssekretär Bahnschaffe, der seinen Chef zu retten suchte, unerhört blamabel. Herr Bahnschaffe konnte schließlich, so oft er sprach, nur auf mildernde Umstände verweisen. Vergeblich versuchten nacheinander Graf Westarp und Herr Wumm noch aus ganz anderen Gebieten als aus denen der sozialdemokratischen Propaganda „Beweise“ für die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie heranzuziehen, die Manage bleibt bestehen, und Genosse Haase konnte in einem ersten Schlusswort die prinzipielle und praktische Haltung der Sozialdemokratie zu den Fragen des Glaubens feststellen.

Beim Reichsmarineamt kritisierte Genosse W. I. B. die besagten Verhältnisse in den Verleumdungsämtern, beim Reichsinnenministerium besuchten sich die Genossen Vaudert und Ulrich mit der unglückseligen Vorherrschafft Preussens im deutschen Eisenbahnen, und beim Postetat brachte Genosse Zubeil noch eine Reihe erster Beschwerden vor.

Einem Polemik zwischen Herrn Gothein und dem Grafen Kanitz über die deutsche Wirtschaftspolitik ging der letzte Sitzungstag seinem Ende entgegen.

Jahresbericht und Sozialdemokratie.

Die konterbative Monatschrift Der Lärmer beschäftigt sich in einer letzten Notiz mit der Haltung der Sozialdemokraten zu der Jahresbericht. Wie lassen die Bemerkungen, die sichlich zum dem Wehrdienst bezieht, die Haltung der Sozialdemokratie ehrlich zu wägen, hier folgen:

„Die Sozialdemokraten haben sich von ihrem Standpunkt aus in zahlreichen Artikeln und Proklamationen mit dem Jahre 1912 befaßt; die Teilnahme an der offiziellen Feyer aber haben sie abgesehen, und infolgedessen ist ihnen in vielen Organen alle nationale Ehre, alle nationale Kultur, alles nationale Gefühl abgesprochen worden. Zum Teil in sehr starken Ausdrücken.

Es ist nun gewiß ein sehr ernstes Zeichen unserer inneren Entfremdung, daß wir uns nicht einmal in diesem Jahre einmütig zusammenfinden können. Wenn die Schuld für diese Entfremdung aufgedeckt werden mag, kann weder noch soll es an dieser Stelle untersucht werden. Wir begnügen uns mit der sorgenschweren Aufgabe.

Nachdem wir aber die Tatsache hingenommen haben, fragen wir: „Ist es notwendig, daß unter so bewandten Umständen die verschiedenen Schichten unseres Volkes mit künstlichen Mitteln noch weiter auseinandergerissen werden? Ist es notwendig, die oben erwähnte, sehr ernste Tatsache noch zu vergrößern?“

Vergrößert aber hat man sie, wie eine kurze Betrachtung lehren wird.

Wer sich nicht an irgendwelche Entgleisungen dieses oder jenes Redakteurs halten will, wer das politische Bild in seinen Hauptzügen betrachtet, muß einräumen, daß die Sozialdemokraten aus demokratischen Gründen der offiziellen Jahresberichtsfeyer ferngeblieben sind. Das Jahr 1912 hat auch für den bürgerlichen Historiker ein doppeltes Gesicht, je nachdem man die nationale Erhebung gegen Napoleon oder die innerpolitischen Zustände betrachtet, die nach dem Kriege dem preussischen Volk geboten wurden. Für die Sozialdemokraten sind diese innerpolitischen Zustände entscheidend gewesen. Der nationalen Volkserhebung haben sie, obwohl in Artikeln als in Proklamationen, alle Ehre angeheben lassen.

Wenn die Dinge aber so liegen, kann man ihnen die leicht demokratischen Radikalismus vorwerfen, niemals aber nationale Würdelosigkeit. Man kann ihnen Radikalismus geißeln, wie man immer will. Wenn man ihnen aber nationale Empfindungslosigkeit unterstellt, so ist es als Demokraten handeln, fällt man ihre Methode.

Dadurch aber wird die vorhandene Situation in ganz überflüssiger Weise verschlimmert.“

Der ganze Nummer der Jahresberichtsfeyer ist im übrigen dem Lärmer höchst fatal. In derselben Nummer bespricht er eine solche Gedankfeyer, die von einer höheren Dichterschule in Schneberg veranstaltet wurde und über die ein Schmod begeistert berichtet:

„In dem großen Turnsaal versammelten sich pünktlich um 9 Uhr die circa 450 Schülerinnen vor einer dort hergerichteten Bühne, an der Spitze der festlich, zum Teil geradezu kostbar geschmückten lustigen Mädchenschar, die einen vorzüglichen Eindruck machte, die Direktorin mit dem Lehrerkollegium.“ Nach der üblichen Festrede, rezitierten Vertreterinnen der einzelnen Klassen in geschmackvoll gewählten, eleganten Kostümen stimmungsvoll Meisterwerke der patriotischen Poesie. Das darauffolgende Festspiel „wurde von den Darstellern, vornehmlich Erscheinungen aus den ersten Klassen, flott, geschickt und lebendig gespielt.“

Wenn — so bemerkt hierzu der Lärmer — der Schmod des Schöneberger Tagesblatts zum Schluß noch hervorhebt, daß die Feyer trotz ihres reichen Inhalts kaum eine Stunde gedauert habe, so verdirbt sich hinter dieser Bemerkung offenbar das Bewußtsein, daß das Programm nicht die letzten Konsequenzen durchgeführt worden ist. Die hübsch hätte es sich gemacht, wenn die Damen der Selektia auch einen One step nach der beliebtesten Melodie „Puppen, du bist mein Augenlied“ die große patriotische 1813-Feyer würdig beschloßen hätten!

Nehmt euch der Cousinen an!

Rechtlich formlos wie sie vor vier Jahren gegen die Verstärkung des Gatten- und Aindererbes eintraten, bekämpfen die Konservativen heute die Einführung des von der Regierung vorgeschlagenen Erbrechts des Reichs. Man höre den Reichsboten:

„Recht es nicht Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie fragen. Kautschukbände lockern, das Vertrauen zur Gerechtigkeit der Staatsordnung untergraben, wenn beim Tode des einen von zwei Ehegatten, die vielleicht ihr Vermögen Freund und Leid und auch die Aenden und Annehmlichkeiten des Lebens miteinander geteilt haben, der Staat käme und sagte, nun ist dein Vetter, deine Cousine... tot — ohne Testament verstorben — nun nehme ich, der Staat, was jenen gehörte...“

In der Tat, das sind entsetzliche Ausfäulen. Es ist die höchste Zeit, daß sich alle Staatserhaltenden zusammenscharen, um die schwer bedrohten Rechte der Vettern und Cousinen bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Der Wahlausruf des Zentrum zu den preussischen Landtagswahlen.

Das Zentrum kommt jetzt mit einem Wahlausruf zu den bevorstehenden Landtagswahlen, der in der Germania am Montag abend veröffentlicht wurde. Zum preussischen Landtagswahlrecht sagt der Wahlausruf: „Wir gehen die direkte Wahl vor, halten aber auch bei der indirekten Wahl mit geheimem Stimmzettel für die Wahl der Wahlmänner die Freiheit der Wahl für gesichert. Den pluralistischen Charakter des Wahlrechtsystems werden wir bemüht möglichst einzuschränken. In erster Linie steht dabei die Aufrechterhaltung der Trennung in den Wahlbezirken, welche mit gegenüber hartem Anstrich erfolgreich verteidigt haben... Wir werden mit Rücksicht auch in Zukunft für eine Verbesserung des Wahlrechts einreden. Der Kampf für Einführung des geheimen Wahlrechts bei den Kommunalwahlen wird von uns fortgesetzt werden. Zur geordneten Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse werden wir nach wie vor unser ernstliches Bestreben darauf richten, durch einen vorzüglichen Ausgleich etwa widerstrebender Interessen das Wohl der Gesamtheit zu fördern.“ Im weiteren enthält der Wahlausruf die bekannten Forderungen des Zentrums. Heber die Sozialdemokratie wird am Schluß des Wahlausrufs gesagt: „Wegen die Sozialdemokratie, welche den christlichen Glauben zu vernichten und unsere ganze Staats- und Gesellschaftsordnung umzukümmern bestrebt ist, mit Unbilligkeit anzugreifen ist eine Staatsnotwendigkeit. Der Kampf kann aber unserer Heberzeugung nach auf die Dauer nicht durch äußere Maßnahmen, sondern nur durch Erhaltung des christlichen Glaubens erfolgreich geführt werden. Wir zu führen und zu fördern ist daher auch die wichtigste Aufgabe des Staates.“

Einem solchen Wahlausruf kann das Zentrum auch nur unter dem brüchenden preussischen Treisfahnenwappchen kommen!

Eine Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 28. April. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird eine Interpellation darüber einbringen, was die deutsche Regierung zu tun gedenkt, falls infolge der Weigerung Montenegro's, Statuti zu räumen, kriegerische Verwicklungen zwischen Österreich und Montenegro entstehen.

Reichstagsfraktion Naumann. Die Vertrauensmänner der Reichstagsfraktion Naumann, die für den Reichstagswahlkampf die Reichstagsabgeordneten Naumann a. u. a. als Kandidaten aufgestellt. Die Reichstagsfraktion hofft, mit Herrn Naumann den Wahlkreis zu erobern. Bei den Wahlen im Jahre 1912 erhielten die Antifemmen 4408, die Reichstagsfraktion 3887, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Antifemmen mit 120 Stimmen Mehrheit. Sein Mandat wurde bekanntlich wegen eines Fehlers in der amtlichen Stichwahlbekanntmachung für ungültig erklärt.

Reine politische Nachrichten. Die dritte Kammer des Reichstags in Berlin verurteilte den Oberst a. D. Gaecke wegen öffentlicher Verleumdung der Offiziere der preussischen Armee und der Militär-Ehrengerichte zu einer Geldstrafe von 300 M., eventuell 30 Tagen Gefängnis. — Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Keise des Sultans Prinz Abdul Kaderete an bisher unbekanntem Grund auf die englische Postkammer. — Nachdem in den letzten Tagen benachrichtigende Gerüchte über die Verhältnisse am Hof in Mexiko, erfährt man heute, daß in der vergangenen Woche bei einem Leberfall auf einen vorerkrankten Posten im Gebiet Mexiko vier Soldaten getötet und zwölf verwundet wurden, was weitere Verwicklungen befürchten läßt. — In Mexiko sind zwischen Huertas und Diaz Anhänger Meinungen entstanden, und beide Parteien bilden jetzt bewaffnete Heerlager.

Ausland.

Frankreich.

Um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. April. Der Kampf für und gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich nimmt von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Die nationalpolitischen Elemente, die anfangs eine Durchsetzung der Regierungsvorlage erwarteten, verdoppeln ihre Anstrengungen, seitdem sie sehen, daß von der sozialistischen Partei im ganzen Lande veranstaltete Versammlungsfeldzüge und das von der Humanität im Auftrag des Parteivorstandes veranstaltete Referendum einen außerordentlich starken Erfolg haben. Jetzt schon stehen zweimalhunderttausend Unterschriften auf der zur Durchführung des Referendums von der Humanität im Lande verbreiteten Protestliste gegen die dreijährige Dienstzeit. In der Provinz wie in Paris finden seit Wochen täglich zahlreiche sozialistische Versammlungen statt. Die reaktionären Propagandisten haben ihren angeblichen Verleumdung nur in verschwindend wenig Fällen soweit getrieben, in diesen öffentlichen Versammlungen zu erklären, um die dreijährige Dienstzeit zu empfehlen. Sie haben ein vorzügliches Mittel gefunden, um ihren Patriotismus zu befrichtigen, ohne sich der Unannehmlichkeit öffentlicher Diskussionen auszuweichen: Sie überschwenken Frankreich mit Plakaten, die vom Reichs-nationalistischen Schö de Paris des

Graben
tehr,
ausge
dreijähr
Bach
Die bi
immer
dem 2
Partei
händen
periode
Stimm
sommt
Das in
deutsch
mächtig
Lokal-
portug
Hier
einen
Kanis
Dias,
Kabal
Kanis
deutun
ebenso
M
Belweg
wird, es
Die
Bollgeir
Republik
Regimen
begangen
Krogenbl
bringen
morden.
Infanter
Eige der
gefunden
Die
Vissabon
St
Stifter des
Minister
solite. G
Abdolaten
Kastbefehl
genommen
die in der
angenom
St
der Kaiser
schleu b e
Soldaten
worden.
So
berie ei
zwei fran
geborene
griffen. A
ruf, in we
Die franz
Kastbefehl
vorgenom
So
acht Womde
gemeldet
Womben
öffentliche
Aufzüge
Wahrung
ist
schene Deu
Schiffahrt
Eingehoren
Schiffahrt
anamittisch
Paris
bald erkl
Ursache der
zu suchen,
der Eingeb
ne u er u
vorgerufen.
Zusammen
eine von de
uns. Das
vor sich ge
über ein No
sp. B
hahngesell
gierung die
Stanada erla
baldnis zu
sternlich
Kanalische
Gedehnten
folket nur
Leberall triff
haber für
nachweislich
Wir
tur Welt, son
hört übrigens
Unternehmen
Was aber der
nicht die Tat
Aufgabe genu
zu machen.
nummer zu
unter der
sich von den
begabten
nummer der